

**Rede Kreisvorsitzender Klaus-Heiner Lehne zum 106. Kreisparteitag  
der CDU Düsseldorf am 17. Juni 2011**

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Parteifreunde,

die aktuelle Lage in der politischen Landschaft in Deutschland und Europa stellt sich für die CDU in Bund und Land schwierig dar. Eigentlich ist das aber kaum zu verstehen. Wirtschaftlich gesehen befinden wir uns nach der größten Wirtschafts- und Finanzkrise, die es seit den 30er Jahren gegeben hat, in einem nachhaltigen starken Wirtschaftsaufschwung. Deutschland hat die erheblichen, krisenbedingten Verluste seines Volkseinkommens längst wieder wettgemacht. Die Steuerprognosen sind positiv, und die Arbeitslosenzahlen gehen kraftvoll zurück. Eigentlich müsste man in Deutschland jubeln ob der Erfolge dieser Bundesregierung und der Nachhaltigkeit der Entwicklung der deutschen Wirtschaft. Wir sind wieder der Motor Europas. Die Welt schaut mit Neid auf uns. Große Dinge wurden getan. Die Neuordnung der Kompetenzen zwischen Bund und Länder, die Aufnahme der Schuldenbremse in die Verfassung, selbst bei der Sozialpolitik, bei Pflege und Gesundheit bemüht man sich um nachhaltige Reformen. Eigentlich hätte die Bundesregierung Bestnoten verdient. Die kriegt sie auch überall in der Welt, nur nicht in Deutschland.

Im politischen Geschäft ist es aber nun einmal nicht wie im Eurovision Song Contest, wo die Ausländer darüber entscheiden, wer gewinnt, sondern es entscheiden die Inländer. Der Mediziner und Kabarettist Hirschhausen hat einmal einen Witz gemacht: Das Gehirn der Deutschen unterscheidet sich von den Gehirnen anderer auf der Welt durch ein wesentliches Merkmal, dass es mehr hat: Den Jammerlappen. Das ist zwar die überspitzte Bemerkung eines Kabarettisten, aber ganz falsch ist es tatsächlich nicht.

Das Wehklagen vieler nimmt zu, je besser es ihnen geht. Das ist ein besonderes Phänomen, das sich nur dadurch behandeln lässt, dass man nicht nur Gutes tut, sondern auch darüber redet. Und offen gesagt: Daran mangelt es. Das politische Berlin - und das sind nicht nur die Journalisten, sondern auch die Politiker, und

zwar zum Teil auch unsere eigenen - befassen sich lieber mit Krisen oder mit Entwicklungen, die dafür gehalten werden, anstatt einmal zu sagen, was wir eigentlich alles Gutes tun. Wenn man auf jeder tagesaktuellen Krise surft und dabei dann und wann auch unkoordiniert den Kurs wechselt, dann darf man sich nicht darüber wundern, dass die Wellen über einem zusammenschlagen und der Beobachter das alles nicht mehr ganz versteht.

Ich denke, es gibt erhebliche Darstellungsdefizite, vor allem was den Verkauf unserer erfolgreichen Bundespolitik angeht. Wer spricht eigentlich noch davon, dass wir den Steuerzahler in dieser Legislaturperiode bereits um 14 Mrd. Euro entlastet haben? Wer spricht davon, dass für die Kommunen durch den Bund das größte Entlastungsprogramm in der Geschichte der Bundesrepublik durch die Übernahme der Grundsicherungskosten vorgenommen wurde? Wer redet eigentlich davon, dass die Konsolidierung der Sozialversicherungen auf einem guten Wege ist? Wer spricht eigentlich davon, dass der Bürokratieabbau in Europa wie im Bund erhebliche Fortschritte macht und Gesetzesfolgeabschätzungen und Kostenkontrolle insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen bei der Gesetzgebung inzwischen eine wesentliche Rolle spielen? Wer spricht eigentlich davon, dass die CDU-geführte Bundesregierung und hier insbesondere Finanzminister Schäuble eine nachhaltige Politik zur Sanierung der Staatsfinanzen betreibt, damit nicht künftige Generationen oder auch die heutige Schülergeneration belastet werden?

Hochkonjunktur dagegen hat das Krisengeschwätz. Natürlich gibt es Probleme: Fukushima, Griechenland, Portugal, Irland, Libyen, um ein paar zu nennen. Aber niemand auf der Welt diskutiert das in der Weltuntergangsqualität, in der wir das hier in Deutschland tun. Dabei geht es darum, nicht nur Probleme zu analysieren, sondern auch pragmatische Lösungen zu finden. Das tun allerdings nur die Wenigsten. Beispiel Fukushima: In Deutschland ist seit Jahrzehnten klar, und zwar ist das Konsens zwischen allen politischen Parteien, dass keine neuen Kernkraftwerke gebaut werden. Damit war ebenso klar, dass die Kernspaltungstechnologie eben nichts anderes ist als eine Übergangstechnologie hin zur verstärkten Nutzung alternativer Energiequellen. Worüber rot-grün und schwarz-gelb in den zurückliegenden Jahren gestritten haben, war nicht der Ausstieg als solcher, sondern die Frage, wie lange es bis zum endgültigen

Ausstieg noch dauern soll. Nur diese Frage unterlag bedingt durch die Ereignisse in Fukushima einer neuen Bewertungssituation. Die Zeit des Moratoriums wurde genutzt, um auf der Basis einer neuen Bewertung durch Experten die Laufzeiten der verbleibenden Kernkraftwerke neu festzulegen. Dabei spielen natürlich auch wirtschaftliche Gesichtspunkte eine entscheidende Rolle. Schon die Abschaltung der sieben älteren Kraftwerke hat uns vom Nettoenergieexporteur zum Nettoenergieimporteur gemacht. Der Strom kommt natürlich aus der Nachbarschaft, d.h. aus Belgien, Holland, Frankreich oder Tschechien, d.h. aus Kernkraftwerken. Wir wollen in Deutschland Vorbild sein, d.h. wir wollen den anderen Industrienationen zeigen, dass man den Ausstieg aus der Kernkraft und den Umstieg in alternative, nachhaltige Energiequellen schaffen kann. Das funktioniert natürlich nur dann, wenn wir uns nicht übernehmen. Das Problem ist einfach: Wind und Sonne zur Stromerzeugung sind nicht immer und überall verfügbar. Das Wetter ist nun mal launisch. Circa ein Drittel unseres gesamten Stromverbrauchs geht in die Industrie und dafür müssen wir unabhängig von dem Komfort für die privaten Haushalte ständig Strom verfügbar haben. D.h. wir brauchen einen massiven Ausbau unseres Leitungsnetzes und von Speicherkapazitäten, wie z.B. Speicherstauseen, und das muss auch noch ganz schnell gehen.

Nun wissen wir: Planungsverfahren in Deutschland dauern oftmals länger als ein Kind zur Schule geht. Wir können uns das nicht mehr leisten, wenn wir dieses Ziel erreichen wollen. Zur Wahrheit gehört deshalb auch, dass entweder durch eine Beschleunigung der Planungsverfahren oder notfalls sogar durch so genannte Maßnahmengesetze der notwendige Umbau im Interesse der Allgemeinheit durchgesetzt werden muss.

Es kann nicht länger sein, dass der Egoismus einzelner gegenüber dem Interesse der Allgemeinheit im Planverfahren Vorrang hat. Gelingt uns das nicht, wäre die Konsequenz, dass wir in wenigen Jahren vor einem Scherbenhaufen stehen und dann nur noch die Alternative haben, abzuschalten oder die Kernkraftwerke weiter zu betreiben. Auch dieses Desaster würde man uns dann in die Schuhe schieben.

Aber auch die Marktfaktoren sind zu beachten. Das Ganze darf nicht so teuer werden, dass der in Deutschland erzeugte Strom nicht mehr wettbewerbsfähig ist. Wir leben schließlich in einem europäischen Binnenmarkt, und jeder Verbraucher kann seinen Strom da kaufen, wo er möchte. Insbesondere große Verbraucher, und das werden auch kommunale Stadtwerke oder große Industrieunternehmen sein, werden dann den teuren deutschen Strom verschmähen und sich die notwendige Strommenge im Ausland kaufen, d.h. aus der Kernkraft. Denn eines ist auch in der Debatte der letzten Tage klar geworden: Außer bei uns in Deutschland, in Österreich und in Italien - geht niemand in Europa, jedenfalls zurzeit, diesen Weg. Im Gegenteil: mit 145 Atomkraftwerken ist Europa der kernkraftreichste Kontinent.

Ein anderes Schlachtfeld der öffentlichen Meinungsbildung ist die Debatte über die Staatsverschuldung und den Euro. Nach meinem Eindruck ist vieles, was dazu gesagt und geschrieben wird, Unfug. Viele, die darüber reden und schreiben, verstehen davon nichts. Diejenigen, die was davon verstehen, werden öffentlich kaum wahrgenommen und nicht gehört. Zu den Wenigen gehört Klaus Regling. Er war lange Zeit Chef der Generaldirektion Währung der Europäischen Kommission, später dann hoch angesehener Dozent und Wissenschaftler an einer Universität in Singapur und ist inzwischen Chef des Luxemburger Fonds, der sich um die Stabilisierung der Staatsfinanzen der betroffenen Länder bemüht. Herrn Regling kenne ich seit vielen Jahren und er war erst vor kurzem in der CDU/CSU-Gruppe, um sich mit uns über die aktuelle Lage zu unterhalten. Dazu ein paar Fakten, die man selten hört und liest:

1. Der Euro ist viel stabiler, als es die D-Mark jemals war. Fast in der gesamten Zeit seiner Existenz war die Entwertungsrate des Euros unter 2 %, was nach der ökonomischen Wissenschaft keine Inflation ist. Zurzeit ist die Geldentwertung etwas über 2 %, was aber primär Ursachen hat, die außerhalb der Europäischen Union angesiedelt sind, wie die Erhöhung der Rohstoff- oder Nahrungsmittelpreise am Weltmarkt. Trotzdem steuert die Zentralbank im Rahmen ihrer Zinspolitik bereits dagegen.
2. Es wird immer der Eindruck vermittelt, als würden Milliarden nach Athen, Dublin oder Lissabon aus dem deutschen Steuersäckel überwiesen. Der

Eindruck ist falsch. Kein müder Euro ist an Steuerzahlergeld bisher in diese Richtung geflossen. Die Gemeinschaft der Eurostaaten bürgt für die Darlehen, die der Fond in Luxemburg aufnimmt. Dafür erhalten diese Staaten Bürgschaftsprovisionen, wie sie allgemein üblich sind. Praktisch bedeutet das: Schäuble verdient mit diesen Bürgschaften Geld und es gibt Nettozuflüsse in den Bundeshaushalt. Bis jetzt waren das mehrere 100 Millionen Euro, die der griechische und andere Steuerzahler an den Bundeshaushalt abgeführt haben. Klar, der Preis dafür ist, dass das Risiko übernommen wird.

3. Warum gibt es keinen Cut? Also eine Beteiligung der privaten Gläubiger an der Entschuldung z.B. Griechenlands? Das Thema wird ja in Deutschland intensiv in allen Varianten diskutiert. Die Gründe, warum man das bisher nicht getan hat, liegen auf der Hand: Zunächst einmal trifft man sich selbst. Wer hat denn z.B. Griechenland das Geld gegeben? Das waren Banken. Natürlich waren das vor allem auch die großen Banken aus dem europäischen Ausland, vor allem auch aus Deutschland und Frankreich. Wie wir alle wissen, hat der Staat diese Banken zum Teil übernommen oder jedenfalls für sie gebürgt oder Garantieerklärungen abgegeben. Allein die Hypo Real Estate ist mit ca. 10 Mrd. Euro in Griechenland engagiert. Jeder weiß, dass diese Bank inzwischen allein dem Steuerzahler gehört. Mache ich also den Cut, zahlt der Steuerzahler sofort. Der zweite Grund ist ebenfalls einfach: Wenn ein Staat, wie z.B. Griechenland, seine Verpflichtungen nicht mehr erfüllt, wird der Markt das Risiko auch bei anderen Staaten höher einschätzen, so dass die Zinsen für die Refinanzierung dieser Staaten steigen. Das wird die Lösung von deren Schuldenkrise erheblich erschweren und diese möglicherweise in den gleichen Strudel hineinreißen. D.h. fange ich einmal damit an, droht wie beim Dominospiel ein Staat nach dem anderen zu fallen und dann brennt's wirklich. Darum hat man das bisher nicht gemacht.

Diese Wirtschaftskrise hat eben eine absolute Ausnahmesituation bewirkt, die ihre Ursache in völlig überteuerten und überfinanzierten Immobilien in den USA gehabt hat. So wurde aus der Immobilienkrise in den USA eine internationale Bankenkrise, daraus eine internationale Wirtschaftskrise, die wiederum in eine

internationale Staatsverschuldungskrise mündete. Besser ausgestattete Staaten haben das besser überstanden, andere sind ins Schwanken geraten. Das Paradoxe ist, dass gerade die aktuelle Debatte über angeblich inflationäre Tendenzen beim Euro zu einer massiven Flucht in Immobilien führt, also genau in einen Markt, der damals Ursache für die Krise war. Das Wichtigste ist, dass die Politik, insbesondere die Führung in Europa und in Deutschland einen klaren Kopf behält und im richtigen Moment das richtige tut. An fehlender fachlicher Beratung liegt es meines Erachtens nicht. Die kompetentesten Ökonomen und Wirtschaftswissenschaftlicher zerbrechen sich den Kopf und helfen Kommission und Regierungen, das Problem in den Griff zu kriegen. Wir sind noch nicht über den Berg, aber zur Panik gibt es keinen Anlass. Portugal und Spanien, aber auch Griechenland haben in den zurückliegenden Monaten ihre Refinanzierung zu großen Teilen auch erheblichen Investitionen aus China und Japan zu verdanken. Die Asiaten legen ihr Geld nicht deshalb im Euroraum an, weil sie Mitleid haben, sie tun es deshalb, weil sie offenbar mehr Vertrauen in die Entwicklung des Euro haben als viele bei uns.

Übrigens ist das alles nicht neu. Mitte der 90er Jahre in einer beginnenden Währungskrise hat zum Beispiel der Bund über die Bundesbank ca. 300 Milliarden D-Mark zur Unterstützung des französischen Franken eingesetzt - und das kurzfristig binnen 4 Tagen.

Das andere große Schlachtfeld der letzten Tage war die Landespolitik. Karl Josef Laumann war ja in unserer letzten Vorsitzendenkonferenz im Mai und hat uns umfassend informiert. Auch dies ist ein Problem der Wahrnehmung. Über das Land NRW wird inzwischen so viel oder wenig berichtet wie über Europa. Wir haben die vermutlich schlechteste Landesregierung in der Geschichte dieses Landes, aber das interessiert anscheinend niemanden. Wir diskutieren über Griechenland, den Euro und das deutsche Engagement, aber die Tatsache, dass Nordrhein-Westfalen ein Bruttoinlandsprodukt hat, was doppelt so groß ist wie das griechische und dass bei einem Anteil der Länder von ca. 40 % an den öffentlichen Finanzen hier eine Verschuldungspolitik in bester griechischer Manier gefahren wird, tangiert auch kaum einen. Es wäre mal eine Untersuchung wert, welchen Einfluss eigentlich die nordrhein-westfälische Verschuldungspolitik auf die Stabilität des Euro hat. Ich meine faktisch, nicht psychologisch. Es kann doch

nicht sein, dass das größte Bundesland der Bundesrepublik Deutschland, das größer ist als die Niederlande, ohne Rücksicht auf Verluste einen verfassungswidrigen Haushalt nach dem anderen beschließen lässt.

In der Landesregierung wird nicht einmal mehr das Urteil von Münster gelesen, sonst hätte man ja nicht schon wieder einen Haushalt eingebracht und beschließen lassen, der die von der Verfassung aufgestellten und vom Gericht bestätigten Grundsätze missachtet. Da wird rücksichtslos Politik zu Lasten künftiger Generationen betrieben und die Zukunft dieses Landes verzockt.

Inzwischen haben wir eine Schulpolitik, die dazu geführt hat, dass ein Umzug innerhalb Nordrhein-Westfalens von einer Stadt in eine andere für manche Familien mit Kindern unmöglich wird, weil die diversen Schulformen nicht mehr zueinander passen. Mal gibt es das Abitur nach acht, mal nach neun Jahren, mal dieses Curriculum mal jenes. Über 80 % der Deutschen haben in einer Umfrage vor wenigen Wochen erklärt, dass ihres Erachtens die schulpolitische Kompetenz beim Bund angesiedelt sein sollte. In Nordrhein-Westfalen machen wir das nicht mal mehr auf Landesebene. Statt vergleichbarer Schulformen geht die Landesregierung den Weg in die kommunalpolitische Beliebigkeit.

Investitionen finden nicht mehr statt. Der Haushalt ist auch deshalb verfassungswidrig, weil im konsumtiven Bereich praktisch nicht mehr gespart wird, Ämter und Bürokratien gedeihen blühend und stattdessen werden Investitionen zusammengestrichen. Neue Straßen entstehen in Nordrhein-Westfalen nur noch im Konsens, da es den aber nicht gibt, entstehen auch keine mehr. Das industrielle Herz Deutschlands und Europas wird eingefroren oder sogar zurückgebaut. Man muss sich aber auf der anderen Seite der Grenze in den Niederlanden einmal anschauen, welche massiven Investitionen unsere holländischen Freunde in die Verbesserung ihrer Infrastruktur machen. Ob Brücken, Autobahnen, Flughäfen, Bahnverbindungen, man macht sich fit für die Zukunft. Bei uns: Fehlanzeige. Nichts geht mehr. Kapazitäten werden eingeschränkt. Statt Datteln mit 60 % Wirkungsgrad endlich ans Netz gehen zu lassen und damit konkret etwas für Ökonomie und Ökologie zu tun, laufen alte Kohlestinker weiter. Und so geht es weiter. Die Liste könnte man beliebig verlängern.

Mit Neuwahlen im Land ist nicht zu rechnen. Die Landesregierung hat eine stabile Mehrheit, die Kommunisten kriegen für ihre politischen Wünsche Steuergeld, deshalb stimmen sie der Landesregierung im Landtag zu, schlimmstenfalls enthalten sie sich. Das wird, so prophezeie ich es, bis 2015 so weiter gehen.

Aus all dem Elend heraus ragt eine Stadt. Eine Stadt, die seit nunmehr 12 Jahren CDU-geführt ist und die den Durchbruch zur Nachhaltigkeit geschafft hat. Gesunde Stadtfinanzen, ja sogar schuldenfrei, mit Rücklagen, die wirtschaftlich boomt, die investiert, ihre Schulen und Sportstätten systematisch saniert, die Innenstadt neu gestaltet, so viel für Soziales, Familien- und Jugendpolitik tut wie keine andere, die wegen ihres Bevölkerungswachstum massiv in Wohnungsbau investiert und neue Stadtviertel schafft, Baulücken schließt und auf die ihre Bewohner stolz sind: Düsseldorf.

Im Haushalt der Stadt wird heute jeder dritte Euro für Sozialleistungen im weiteren Sinne ausgegeben. Das waren vor 12 Jahren fast 40 % weniger. Ich will nur Beispiele nennen: Der in Nordrhein-Westfalen bisher einmalige Wegfall der Kindergartenbeiträge für über 3-Jährige. Der langfristige Rahmenvertrag mit den Trägern der Wohlfahrtspflege. Der massive Ausbau der U 3-Betreuung bis auf zurzeit 35,5 % mit dem Ziel 60 % im August 2013. Die Stadt wächst, und zwar schnell. Jedes Jahr wird Düsseldorf um ca. 2000 Einwohner größer und ist jetzt die zweitgrößte Stadt in NRW nach Köln. D.h. wir brauchen auch mehr Wohnungen. Die CDU- und FDP-Ratsfraktion haben in einem gemeinsamen Antrag im April dieses Jahres die Initiative für ein Handlungskonzept Wohnungsbau ergriffen. Dabei wird über die bisherigen schon vorbildlichen Initiativen hinaus der Wohnungsbau in Düsseldorf noch einmal angekurbelt. Wohnungsbau in Düsseldorf wird durch zinslose Kredite, die die Stadt aus ihren Überschüssen bereitstellt, gefördert. Es ist ein intelligentes Konzept, Rücklagen aus den städtischen Finanzen darlehensweise in der Wohnungsbauförderung anzulegen. Belegungs- und Mietbindung sollen verstärkt durch die Stadt erworben werden. Es entstehen neue Stadtviertel und Baulücken werden geschlossen. Hier tut das Land nichts. Nicht nur, dass das Land Mittel für die Eigenheimförderung gestrichen hat, die die Stadt jetzt aus eigenen Mitteln wieder ersetzt. Die Landesregierung steht auch in vielen Fragen der

Regionalplanung mit den Realitäten auf Kriegsfuß. Wenn die rheinischen Großstädte wachsen und auf dem Land und im Ruhrgebiet der Bevölkerungsschwund stattfindet, dann muss man im Rahmen der Regionalplanung den rheinischen Großstädten auch Entwicklungsmöglichkeiten geben. Auch die beste Wohnungsbauförderungspolitik nützt nichts, wenn es keine Grundstücke mehr gibt, wo ich Wohnraum schaffen kann (Grunderwerbssteuererhöhung absolut kontraproduktiv). Und jetzt etwas entgegen dem, was immer wieder von den Linken behauptet wird: die Mietpreisentwicklung in den zurückliegenden Jahren in Düsseldorf ist durchaus gemäßigt. Die durchschnittliche Mietsteigerung pro Jahr in den zurückliegenden Jahren betrug etwa 0,67 %, war also deutlich unterhalb der Geldentwertung. Was massiv angestiegen ist, wofür aber der Wohnungsmarkt nichts kann, das sind die Nebenkosten. Die sind zum Teil in 4 Jahren um 40 % gestiegen. Das ist ein Problem, das aber vor allem mit den steigenden Energiekosten zu tun hat.

Die CDU in Düsseldorf tut alles, um diese Stadt lebenswert zu erhalten. Wir haben die Stadt neu auf Kurs gebracht und wir werden diesen Kurs halten. In diesem Zusammenhang sind auch die Initiativen zu mehr regionaler Zusammenarbeit im Rheinland, die unser OB Elbers ergriffen hat, wichtig.

Im Herbst dieses Jahres werden wir einen großen kommunalpolitischen Parteitag veranstalten, auf dem unser Oberbürgermeister Dirk Elbers sprechen wird und uns und den Bürgern dieser Stadt erläutern wird, was unsere Ziele für die zweite Hälfte dieser Amtsperiode und die Zukunft sind. Lieber Dirk, wenn ich das einmal hier sagen darf, Du, und Friedrich Conzen, Dein Team und die Ratsfraktion, aber auch die Kolleginnen und Kollegen aus den Bezirksvertretungen machen eine ganz tolle Politik, um die uns viele im Land beneiden, vor allem gerade auch der politische Gegner, und die ursächlich dafür ist, dass die CDU in dieser Stadt so da steht, wie sie da steht. Ein Sinnbild Eures politischen Erfolges in dieser Stadt war auch der Eurovision Song Contest. Es war ein wichtiges und hoch erfolgreiches Ereignis mit dem das, was in dieser Stadt in den zurückliegenden Jahren erreicht worden ist, in die Welt getragen wurde. Heute spricht jeder von Düsseldorf und die Arena und der Song Contest sind ein Symbol für den Erfolg unserer Stadt. Danke dafür!

Nun von der Kommunalpolitik weg hin zu ein paar Fakten über die Düsseldorfer CDU. Auch die Statistik gehört zum Rechenschaftsbericht. Die Mitgliederentwicklung ist trotz einer Vielzahl von Maßnahmen, die der Kreisvorstand ergriffen hat, negativ. Zum Stichtag 1. April 2009 hatten wir 3.617 Mitgliedern, zum Stichtag 1. April 2011 waren es 3.491, also in absoluten Zahlen sind unter uns 126 Mitglieder weniger. Das sind etwa 3,4 % Verlust in zwei Jahren. Das entspricht dem Trend der vorhergehenden Amtsperioden des Kreisvorstandes und hat sich bisher trotz zahlreicher Gegenmaßnahmen, wie Mitgliederwerbekampagne, Intensivierung der Mitgliederwerbung während der Wahlkämpfe etc. nicht verhindern lassen. Die absoluten Zahlen müssen natürlich mit der Situation im Landesverband verglichen werden und da sind die Verlustquoten deutlich größer. Wir sind heute der mit Abstand größte Kreisverband im Bezirk Bergisches Land und haben damit die Mettmanner überholt, die das früher einmal waren. Unter den Stadtkreisverbänden ist nur Köln größer, aber auf die Bevölkerung prozentual bezogen deutlich kleiner als wir. Damit binden wir proportional deutlich mehr Mitglieder in der Großstadtbevölkerung Nordrhein-Westfalens. Auch mich macht die Entwicklung in Düsseldorf bei den Mitgliederzahlen natürlich nicht glücklich. Aber möglicherweise zeichnet sich doch mittelfristig eine gewisse Trendumkehr ab. Am 30. April 2009 war die Zahl unserer Mitglieder über 70 Jahre mit 1.379 Mitgliedern 37,96 % stark. Also fast 40 % unserer Mitglieder sind 70 und älter. Der Altersdurchschnitt unserer Mitgliedschaft vor zwei Jahren war 60,4 Jahre. Heute ist der Anteil der über 70-Jährigen auf 1.197, das entspricht 34,3 %, der Mitgliedschaft zurückgegangen, also fast 4 % geringerer Anteil als vor zwei Jahren. Der Altersdurchschnitt der Parteimitgliedschaft sank von 60,4 auf 58,5 Jahre, also praktisch eine - wenn man so will - Verjüngung von fast zwei Jahren. Das ist für mich ein eindeutiger Beleg dafür, dass ein Großteil unserer Mitgliederentwicklung weniger auf politische Zufriedenheit oder Unzufriedenheit als viel mehr auf den demografischen Wandel zurückzuführen ist. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass wir im Bereich der Altersgruppen 16-19, 20-29, 30-39 Jahre, also alles unter 40, nicht nur eine prozentuale Verbesserung erfahren haben, sondern auch eine deutliche Verbesserung in absoluten Zahlen. So hat sich die Zahl der unter 19-jährigen verdoppelt, die Zahl der bis 30-jährigen ist um mehr als 20 % angestiegen und die Zahl der bis 40-jährigen ist um ca. 11 % bezogen auf die absoluten Zahlen gestiegen. Dagegen ist die Zahl

der 50-59-jährigen praktisch konstant geblieben und die der 60-69-jährigen um 4 % bis 5 % zurückgegangen. Um das alles in einem Satz zusammenzufassen: Die Partei verliert viele Mitglieder durch Todesfälle. Im Bereich der jüngeren Alterskohorten gibt es signifikantes Wachstum, das aber nicht ausreicht, um die Altersabgänge oben wieder aufzufangen. Mittelfristig begründet dies rein statistisch die Hoffnung, dass der Mitgliederschwund in absoluten Zahlen nachlassen wird und sich die Situation wieder konsolidiert. Wer sich für dieses Thema interessiert, kann gerne bei Herrn Herzog einmal die entsprechenden Statistiken und Zahlen abfragen und sich selbst einen Eindruck von der Entwicklung machen.

Der Kreisvorstand hat auf seiner Klausurtagung im Spätsommer des letzten Jahres beschlossen, wie dies auch von zahlreichen Ortsverbänden aus gutem Grunde verlangt worden war, in der wahlkampffreien Zeit die Sacharbeit deutlich zu intensivieren. In der Folge haben wir einen Sachparteitag gemacht, der nach meiner Erinnerung zu den besten Parteitagen gehörte, die ich in dieser Kreispartei seit dem Beginn meiner Mitgliedschaft 1975 erlebt habe. Wir haben viele aktuelle Themenbereiche behandelt und breit in der Partei diskutiert. Ich glaube, jeder der da war, ist mit einem befriedigenden Gefühl nach Hause gegangen. Dann haben wir begonnen, das Forum-Konzept umzusetzen. Anfang des Jahres hatten wir mit dem Kulturforum, organisiert von Fritz Conzen, eine erste, gut besuchte und öffentlich gut wahrgenommene Veranstaltung, in der die ganze Breite der kulturpolitischen Probleme diskutiert wurde. Vor wenigen Wochen im Mai haben wir dann auf dem Energieforum die aktuelle Entwicklung im Bereich der Energiepolitik diskutiert. Besucher und öffentliche Wahrnehmung waren ähnlich. Im Spätsommer bzw. Frühherbst wird Peter Blumenrath ein Forum zur Verkehrspolitik organisieren, das nach dem gleichen Muster ablaufen wird, also einleitender Vortrag, Podiumsdiskussion, danach breite Diskussion mit dem Publikum. Weitere Themen wie z.B. die Bildungspolitik, die ja Schwerpunkt des Bundesparteitages im Herbst sein wird, stehen an. Das Ziel dieser Foren ist es nicht, konkrete Beschlüsse zu fassen, sondern einfach die Gelegenheit für eine breite, parteiinterne Diskussion auch unter Beteiligung der Öffentlichkeit zu geben. Auch die Sacharbeit im Bereich der kreisweiten politischen Arbeitskreise ist wieder aufgenommen worden und wird intensiv betrieben. Der Kreisvorstand hat in seiner Mai-Sitzung beschlossen, im Rahmen dieser Arbeiten unter Leitung

von Thomas Köster und Peter Preuß einen Arbeitskreis „Soziale Marktwirtschaft“ ins Leben zu rufen. In den zwei Jahren intensiver Wahlkampfzeit von August 2008 bis Mai 2010 mit insgesamt fünf Wahlkämpfen war ja kaum Zeit für Sacharbeit. Kandidatenaufstellungen und Wahlkämpfe nahmen unsere gesamte Kraft in Anspruch.

Wir waren aber auch im Großen und Ganzen betrachtet überaus erfolgreich. In den Berichtszeitraum dieses Kreisvorstandes fallen die letzte Europawahl, die Kommunalwahl, die Bundestagswahl und die Landtagswahl. Bei der Europawahl hatten wir bezogen auf das Stimmergebnis 2004 Verluste und haben die Wahl trotzdem im Landesvergleich mit einem überdurchschnittlichen Ergebnis klar gewonnen. Nachdem wir bereits dreimal hintereinander in Düsseldorf die Oberbürgermeisterwahlen gewonnen haben, mit der zweiten Wahl von Joachim Erwin 2004, im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit erzielten, und bei der Wahl von Dirk Elbers im Jahre 2008 ein Ergebnis schafften, wie das früher einmal in Bayern üblich war, haben wir dann im Jahr 2009 auch die Kommunalwahl zum dritten Mal hintereinander gewonnen. Dabei ist dies trotz eines gewissen Rückgangs der absoluten Zahlen der relativ größte Sieg der CDU Düsseldorf in ihrer Geschichte gewesen. 39 von 41 Ratsmandaten wurden direkt gewonnen. Bedingt durch dieses Ergebnis gab es Überhang- und Ausgleichsmandate im Rat. Nebenbei gelangt es uns in allen 10 Stadtbezirksvertretungen den Bezirksvorsteher zu stellen, was in der Geschichte der Stadt einmalig sein dürfte. Das Bundestagswahlergebnis wenig später war sicherlich nicht eines der besten der CDU, wenn man die absoluten Zahlen betrachtet, aber zusammen mit unserem Koalitionspartner brachte es eine klare Mehrheit im Bundestag und für Düsseldorf das erfreuliche Ergebnis, dass zum ersten Mal, seit es die beiden Bundestagswahlkreise in dieser Struktur gibt, auch tatsächlich beide Wahlkreise von der CDU gewonnen wurden. Damit wurde auch die letzte Hochburg der SPD in dieser Stadt erobert. Besonderen Verdienst daran hat natürlich Beatrix Philip, die mit einem ausgesprochen kreativen und aufmerksam machenden Wahlkampf das Optimum dessen herausgeholt hat, was herauszuholen gewesen ist. Sieben Monate später kam dann die Landtagswahl. Die politischen Umstände im Vorfeld der Landtagswahl waren für die Union nicht gerade günstig. Interne Affären, Indiskretionen und die allgemeine Unzufriedenheit mit dem Start der Berliner Regierung stellten die Erfolge der Landesregierung in den Schatten. Das Ergebnis

ist bekannt. Die Landtagswahl ging verloren. Wir wählten alle einen neuen Vorsitzenden und sind im Land wieder in der Opposition. Viel ging verloren, nur Düsseldorf nicht. Zum zweiten Mal hintereinander gelang es uns, was früher für unmöglich gehalten worden wäre, nämlich alle vier Wahlkreise in Düsseldorf direkt zu gewinnen und das gegen den Trend. Ich kann mich noch daran erinnern, dass die Prognosen in den Tageszeitungen uns vorrechneten, dass wir zwei bis drei Wahlkreise verlieren würden. Ich weiß noch, wie die Wahnacht war, als wir nach den Prognosen ins Rathaus kamen und die SPD jubelte. Während der Auszählung der Düsseldorfer Wahlkreise veränderte sich aber schlagartig die Farbe der Gesichter. Während bei den roten Brüdern die Freude wich und das Entsetzen wuchs, war es bei uns umgekehrt. Zum Schluss war trotz der insgesamt verlorenen Landtagswahl die Stimmung gut und die Kandidaten samt ihren Unterstützern stolz auf ihren Erfolg. Alles in allem hat die CDU Düsseldorf die zurückliegenden Wahlen trotz mancher Unwägbarkeiten und Stürme gut überstanden und die jeweiligen Ergebnisse sind der Beweis für die Nachhaltigkeit unserer Politik in dieser Stadt. Inzwischen weiß jeder, ob in Düsseldorf oder außerhalb: Diese Stadt ist erfolgreich, sie ist lebenswert, sie ist eine Wohlfühlstadt und dies auch deshalb, weil auf allen Ebenen dieser Stadt eine gute, intelligente, nachhaltige und vorausschauende Politik unter Führung der CDU gemacht wird. Wir haben kein Großstadtproblem - wir sind die erfolgreichste Großstadtpartei Deutschlands.

Dies ist aber auch der Tatsache zu verdanken, dass wir eine Eigenschaft haben, die der Wähler in einem besonderen Maße schätzt: lautlose Effizienz ohne öffentlichen Zank. Schon Jochen Erwin hat immer gesagt: Streit wählt man nicht. Kaum ein Satz unseres verstorbenen Oberbürgermeisters ist wahrer als dieser. Wir haben es fast immer verstanden, unsere internen Auseinandersetzungen auch intern zu belassen und diese nicht zum Gegenstand einer öffentlichen Diskussion zu machen. Der Bürger erwartet von uns effiziente Lösungen von Problemen und keinen Streit aus persönlichen Gründen. Es ist der Führung von Partei, Fraktion und Stadt in den zurückliegenden Jahren gelungen, diesem Grundsatz konsequent zu folgen, und ich kann Ihnen versichern, dass wird, wenn es nach mir geht, auch weiter so sein.

Zum Schluss lassen Sie mich noch einmal Worte des Dankes sagen. Ich danke allen Kolleginnen und Kollegen aus dem Kreisvorstand, die ihren Beitrag in den zurückliegenden Jahren für diesen gemeinsamen Erfolg geleistet haben. Einige habe ich bereits schon namentlich erwähnt, andere möchte ich an dieser Stelle nennen:

Für den Bereich Mitgliederwerbung und Neumitgliederbetreuung haben sich insbesondere Christian Rütz und Kerstin Terhardt im besonderen Maße engagiert. Für die Durchführung des Bildungsprogramms, das gerade auch zur Wahlkampf Vorbereitung eine erhebliche Bedeutung hat, danke ich Dirk Sültenfuss und Florian Tussing. Die nicht einfachen Satzungs- u. Rechtsordnungsfragen wurden von Olaf Lehne und Andreas Hartnigk bearbeitet, auch Ihnen gilt unser Dank. Um die Betreuung der Stadtbezirke und Ortsverbände besonders verdient gemacht haben sich Annelies Böcker, Rolf Buschhausen und Wolfgang Janetzki. Die Sacharbeit im Kreisverband wieder belebt haben vor allem Peter Blumenrath, Rüdiger Gutt und Dirk Angerhausen. Thomas Jarzombek sei besonderer Dank zuteil insbesondere wegen seiner Tätigkeit als Chef der Antragskommission und wegen der inhaltlichen Vorbereitung von Landes- und Bundesparteitagen. Für die Betreuung des vorpolitischen Raumes danke ich insbesondere Bettina Wiedbrauk und Stephan Friedel. Für die nicht immer einfache Behandlung des schwierigen Themas Schule danke ich insbesondere Sylvia Pantel. Beatrix Philipp und Hildegard Kempkes danke ich insbesondere für die inhaltliche Arbeit bei der Vorbereitung der Beratungen von Grundsatzfragen auf Landes- oder Bundesparteitagen. Um das Thema „Integration in Europa“ verdient gemacht haben sich insbesondere Pavle Madzirov und Klaus Mauersberger, die beide nicht wieder kandidieren werden. Mein persönlicher besonderer Dank gilt natürlich der Kollegin und den Kollegen aus dem geschäftsführenden Parteivorstand, das sind meine beiden Stellvertreter Peter Preuß und Sabine Schmidt, auf die ich mich jederzeit habe verlassen können und die mich immer gut vertreten haben. Das Gleiche gilt für Jens Petersen, der als der Schatzmeister in die Analen dieser Partei eingehen wird: er hat den von Peter Preuß begonnenen Konsolidierungskurs fortgesetzt und auch die Partei schuldenfrei werden lassen. Wir gehören heute zu den finanziell solidesten Kreisverbänden, was leider in der Landespartei und bei anderen natürlich sofort wieder Begehrlichkeiten geweckt hat. Und natürlich bedanke ich

mich bei unserem ehemaligen Geschäftsführer Gerd Ozimek, der dem Kreisvorstand noch kooptiert angehört hat und der bei der Vorbereitung der Wahlen 2009 noch in hauptamtlicher Funktion mitgewirkt hat. Mein Dank gilt auch Klaus Egbers, der als Vorsitzender der Senioren Union ständiger Gast des Kreisvorstandes war und der mit viel Geschick und Motivation diese wichtige Vereinigung, ich verweise nur auf die vorher erörterten Statistiken, führt. Und natürlich bedanke ich mich bei unserem Kreisgeschäftsführer Bernhard Herzog und seinen Frauen und Männern aus der Kreisgeschäftsstelle, ohne die das alles, was wir hier machen, sowieso gar nicht möglich wäre. Mein Dank gilt auch der "Plakate-Renovierungs-Truppe" von Günter Schiefer, ohne die wir die Wahlkämpfe kaum hätten bestreiten können.

Schließlich gilt mein Dank Ihnen allen, insbesondere den Orts- und Stadtbezirksvorsitzenden. Sie sind das „Rückgrat“ unserer Partei. Ohne ihr ehrenamtliches Engagement wären wir nicht da, wo wir sind. Die Ortsverbände und ihre Mitglieder und ihre ehrenamtliche Führung sind Ausdruck unserer Verankerung in der Bevölkerung und damit auch Ursache für die Ergebnisse unserer Wahlen. Wir alle können durchaus Stolz auf das sein, was wir erreicht haben und wir werden alles tun, um es zu bewahren und fortzuentwickeln. Darum lassen Sie mich Ihnen und allen Bürgern unserer Stadt zurufen: Weiter so, Düsseldorf, weiter so mit der CDU!

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!